



Kundgebung der 41. Paneuropa-Tage in Weiden und Westböhmen

„Dauerschwäche Europas“ überwinden

Altmaier und Posselt fordern verstärkte europäische Integration

7. 6. 2015

Weiden. Bei der (heutigen) Hauptkundgebung der 41. Paneuropa-Tage der Paneuropa-Union Deutschland im Weidener Gustl-Lang-Saal erklärte deren Präsident Bernd Posselt, daß die bloße Kooperation der Nationalstaaten in der EU auf den Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik durch starke supranationale Strukturen ersetzt werden müsse, die aus dem Europaparlament und einer von diesem gewählten Europäischen Regierung bestehen. Sonst sei Europa in einer von Kriegen und Konflikten beherrschten Welt zur „gefährlichen Dauerschwäche verurteilt.“ Das Treffen in Elmau beweise, daß die klassische Gipfeldiplomatie die wesentlichen Zukunftsfragen nicht mehr bewältigen könne. Mit Blick auf Großbritannien warnte Posselt die europäischen Staats- und Regierungschefs, sich von Premierminister David Cameron „auf den Irrweg einer Aufweichung der heutigen EU pressen zu lassen. Das kann die weitere britische EU-Mitgliedschaft uns nicht wert sein.“ Frankreich und Deutschland müßten gemeinsam mit möglichst vielen anderen EU-Mitgliedstaaten Schritte zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, zu einer funktionsfähigen Europäischen Außenpolitik sowie zu einer einsatzfähigen Europäischen Armee setzen. Dies sei seit Jahrzehnten überfällig, wie die aktuelle Rußland-Krise beweise.

Posselt empfahl Europa mit einem groß angelegten Infrastruktur- und Technologieprogramm neue Wachstumsimpulse zu vermitteln, etwa auf den Gebieten der Forschungspolitik oder beim Aufbau eines europäischen Schnellbahnnetzes einschließlich hochmoderner deutsch-tschechischer Eisenbahnverbindungen. Bayern und Böhmen müßten auch geistig und kulturell durch Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Regionalismus zu Motoren eines starken Mitteleuropa werden, das kulturell den ganzen Kontinent befruchte. Dies sei aber nicht möglich, wenn die Europäer weiterhin so leichtfertig mit ihren christlichen Wurzeln umgingen, wie dies von seiten gewisser Kräfte in den Europäischen Institutionen geschehe: „Das Faszinierende und Erfolgreiche an Europa ist sein aus dem Christentum erwachsenes Lebensmodell mit starken Familien und einer zukunftsweisenden Mischung zwischen Freiheit und Verantwortung, die sich auch in einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft niederschlägt.“

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Peter Altmaier MdB, rief dazu auf, die EU nicht neu zu erfinden, sondern zu kräftigen und zu stärken, „weil die Herausforderungen nicht auf uns warten“. Er lobte die Geschlossenheit der EU angesichts der gegenwärtigen Krisen, etwa in der Ukraine. Rußland müsse durch Wirtschaftssanktionen klar gemacht werden, daß „wir die Annexion der Krim und das, was im Donbass passiert, niemals akzeptieren werden.“ Dies führe bereits jetzt zum Abfließen von Kapital, weil Rußland an Vertrauen verliere. Griechenland dürfe man nicht isoliert betrachten, sondern müsse gemeinsam die Bewährungsprobe überstehen. Konzepte müßten vernünftig sein und Gelder ihr Ziel erreichen, aber letztlich gehe es darum, die Menschen in Griechenland in die Lage zu versetzen, ihre Fähigkeiten zu nutzen und wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Die Frage von Krieg und Frieden sei nicht auf Dauer gelöst. „Es wäre ein schwerer Fehler, diesen Gründungsmythos wegzutun, denn in der Ukraine, im ehemaligen Jugoslawien bis vor wenigen Jahren, im Kaukasus, in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten ist weiterhin Krieg.“ Zur Friedensbildung, aber auch innerhalb der EU dürfe man bei allen Vertragsänderungen die menschliche Komponente nicht aus dem Blick verlieren. Vorbild dafür sei die deutsch-französische Freundschaft mit Jugendaustausch und Städtepartnerschaften, aber auch dem

Sich-Verstehen-Lernen jeder neuen Generation von französischen Präsidenten und deutschen Bundeskanzlern. Die Großen wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland „haben „zwar eine besondere Verantwortung, aber keine Legitimation, über die Köpfe der vielen kleinen Anderen hinweg zu entscheiden.“ Auch die kleineren EU-Mitglieder hätten mit ihren Ideen und ihrer Kreativität viel in den europäischen Prozeß einzubringen.

Als Otto von Bismarck Reichskanzler gewesen sei, hätten viele Menschen mehrere Sprachen und die europäische Kultur, Literatur und Philosophie gekannt und über dasselbe Wertefundament verfügt, „trotzdem waren sie keine Europäer.“ Ihre Entscheidungen hätten sich nämlich an Macht- und Interessenpolitik orientiert, ihre Bündnisse hätten nur die Regierungen und nicht die Völker erreicht, und die Interessen der Großen hätten die der Kleinen nicht einbezogen. Dadurch sei 1870 und in den beiden Weltkriegen „Wohlstand, Zukunft und Leben von Millionen Menschen regelrecht verpulvert“ worden. „Hätte man damals nur einen Politiker vom Rang und der geistigen Größe eines Richard Coudenhove-Kalergi gehabt, wäre der Welt millionenfaches Leid erspart geblieben. Schon deshalb gebühren ihm Denkmäler.“ Altmaier lobte auch Paneuropa-Präsident Bernd Posselt für seinen Einsatz im Europaparlament und im deutsch-tschechischen Verhältnis, ohne ihn wäre „die politische Kultur in der Europäischen Politik ein Stück ärmer.“

Der internationale Präsident der Paneuropa-Union, der französische Europapolitiker Alain Terrenoire, zitierte vor den 200 Paneuropäern aus 19 Nationen seinen Vor-Vorgänger Richard Graf Coudenhove-Kalergi, der schon 1923 geschrieben habe: „Die Welt wird jeden Tag kleiner.“ Die EU sei inmitten dessen, was Papst Franziskus dieser Tage einen „Dritten Weltkrieg“ genannt habe, in ihrer globalen Durchsetzungsfähigkeit bedroht. Hauptursache dafür sei der seit 2008 anwachsende Nationalpopulismus in vielen Mitgliedstaaten, der Demagogie und Fremdenfeindlichkeit wie ein Lauffeuer verbreite. Terrenoire forderte Großbritannien und Griechenland dazu auf, sie sollten ohne langes Zögern über ihre europäische Zukunft entscheiden. Die EU-Mitgliedstaaten hätten bislang nicht genügend auf gemeinschaftliche Reaktionen gesetzt: „Ohne ausreichend abgestimmte und angenäherte wirtschaftliche Perspektiven, ohne miteinander geteilte Haushaltsdisziplin, ohne ein harmonisiertes Steuerwesen und ohne eine angegliche soziale Sicherheit drohen weiterhin Verzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten, und zwar in puncto Beschäftigung, Außenhandel sowie Einhaltung der Maastricht-Kriterien und der Staatsschuldengrenze.“ Geradezu verhängnisvoll könne es werden, wenn es nicht bald zu einer echten europäischen Energiepolitik komme.

Der Landesvorsitzende der Paneuropa-Union Bayern, Dirk H. Voß, wies darauf hin, daß die EU, obwohl viel gescholten und kritisiert, „nicht die beste aller denkbaren, sehr wohl aber die beste aller existierenden Welten“ sei. Er bezeichnete das Schloß Ronsperg, den Herkunftsort des Paneuropa-Gründers, als Symbol für den heutigen Zustand der Europäischen Union: „Ein großer Teil ist gut renoviert und stark, es gibt ein Dach, sodaß es nicht mehr hereinregnet, aber auch noch viele offene Baustellen, die an Ruinen erinnern“ und Spuren der kommunistischen Zeit und von Gleichgültigkeit zeigten. Franz Josef Strauß habe schon 1965 darauf hingewiesen, daß nationale Souveränität in Europa nur noch Scheinsouveränität sei, die die großen Probleme nicht lösen könne. Egal ob es um die innere und äußere Sicherheit, die Wirtschaft, das Geistesleben und die Kreativität gehe, sei dafür Europa die angemessene Betriebsgröße. Die Paneuropa-Union sei eine Bürgerbewegung, die das Ziel habe, dafür zu arbeiten. Hoffungszeichen seien die europäischen zwölf Sterne der Paneuropa-Fahne, „die nicht die 28 Einzelstaaten, sondern die Einheit symbolisieren“, sowie das Kreuz als Zeichen eines christlichen Koordinatensystems, das auch die Europäische Verfassung widerspiegele.

Der ehemalige Bürgerrechtler Milan Horáček, Mitbegründer und langjähriger Bundestags- und Europaabgeordneter der Grünen, berichtete von Begegnungen am Sudetendeutschen Tag in Augsburg zum Thema „Menschenrechte ohne Grenzen“ und am Wochenende darauf im mährischen Brunn, das als zweitgrößte Stadt der Tschechischen Republik mit einer öffentlichen Entschuldigung und einem „Willkommensmarsch umgekehrter Art“ des 70. Jahrestages der Vertreibung seiner Sudetendeutschen im „Brünner Todesmarsch“ gedacht habe. Beim jetzigen umgekehrten Marsch vom Pohrlitzer Massengrab nach Brunn seien auch Überlebende mitgegangen, die damals Kinder waren. Horáček würdigte, „was alles schon überwunden wurde. Vor einigen Jahren wäre das nicht möglich gewesen“, inzwischen gebe es immer mehr Initiativen dieser Art. Bei der gestrigen Fahrt nach Ronsperg (Poběžovice) habe

man immer leicht erkennen können, ob es sich um ein bayerisches oder ein tschechisches Dorf handle: Die bayerischen seien aufgeräumt und schön und hätten Solaranlagen auf den Dächern, bei den tschechischen, ehemals sudetendeutschen, seien immer noch viele verlassene, leere Höfe und halb zerstörte Häuser zu sehen, „als ob gestern oder heute noch Kommunismus da wäre.“ Dies sei traurig und bei allem Optimismus beschämend. Er rief deshalb insbesondere Paneuropäer und Sudetendeutsche Landsmannschaft dazu auf, jede Möglichkeit zur Zusammenarbeit wahrzunehmen, überall, „wo damals Verwandte waren oder wo wir Menschen finden wie in Brünn oder anderswo, die Verständnis aufbringen“, und dankte „allen, die helfen und mitmachen, eine Zukunft in Europa, in Böhmen, in Bayern, in Deutschland weiterzubauen.“

Die Kundgebung wurde vom Bundesvorsitzenden der Paneuropa-Jugend Deutschland, Franziskus Posselt, moderiert, der in Anlehnung an das Kongreßmotto über die Bedeutung von Grenzen nachsann. Die Grenze zwischen Bayern und Böhmen sei jahrhundertlang „Mitte, nicht Rand Europas“ gewesen, wie die „Mittelrippe eines hellgrünen Lindenblatts“. Weder die Bojer noch die Slawenapostel Cyril und Method, noch die deutschen Siedler, nicht einmal die Reisenden des Wiener Kongresses seien von Grenzbeamten kontrolliert worden, Pässe habe man erst erst ab dem Ersten Weltkrieg vorzeigen dürfen. 1945 sei durch den Stacheldraht die Mitte zum Rand geworden. Seit der EU-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik 2004 und der Abschaffung der Kontrollen 2007 sei der bayerisch-böhmische Raum wieder Mitte. Deshalb beginne jetzt mit vollem Einsatz die Arbeit daran, Europa aus der Mitte zu erneuern. Den Schwung dazu lieferte die Blasmusik der Stadt- und Jugendblaskapelle Weiden.

Paneuropa-Pressestelle in der Max-Reger-Halle, Konferenzraum II
Dr. Pfleger-Str. 17, D – 92637 Weiden
Tel. 0961-4808-183 und 0151-56671639

Paneuropa-Büro, Dachauer Str. 17, 80335 München
Tel. 089/554683, E-mail paneuropa-union@t-online.de